

Senatsbeschlüsse

über die 141. Sitzung des Senats

am 06.02.2018, 11:15 Uhr

3482.) Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Senats am 30.01.2018

Beschluss:

Der Senat genehmigt die Niederschrift über seine Sitzung am 30. Januar 2018.

3483.) Bebauungsplan 2495
für ein Gebiet in Bremen-Mitte, Ortsteil Bahnhofsvorstadt
zwischen Herdentorsteinweg, Rembertiring und Auf der Brake
(Bearbeitungsstand: 19.04.2017)
(Vorlage 1863/19)

Beschluss:

Der Senat schließt sich dem Bericht der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft zum Bericht an und beschließt, den Bebauungsplan 2495 entsprechend der Vorlage 1863/19 der Stadtbürgerschaft zur Beschlussfassung zuzuleiten.

3484.) Bebauungsplan 2496
für ein Gebiet in Bremen-Huchting zwischen der Straße Blanker Hans und dem Huchtinger Fleet
(Vorlage 1864/19)

Beschluss:

Der Senat schließt sich dem Bericht der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft an und beschließt, den Bebauungsplan 2496 für ein Gebiet in Bremen-Huchting zwischen der Straße Blanker Hans und dem Huchtinger Fleet (Bearbeitungsstand:

11.12.2017) entsprechend der Vorlage 1864/19 der Stadtbürgerschaft zur Beschlussfassung zuzuleiten.

- 3485.) "Einstellung und Motivation der Beschäftigten im öffentlichen Dienst"
(Große Anfrage der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN)
(Vorlage 1865/19 und Neufassung der Anlage der Senatorin für Finanzen vom 05.02.2018)
-

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 1865/19 und unter Berücksichtigung der Neufassung der Anlage der Senatorin für Finanzen vom 5. Februar 2018 die Antwort auf die Große Anfrage der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Kenntnisnahme.

- 3486.) "Zulassungsbeschränkte Studiengänge im Land Bremen"
(Kleine Anfrage der Fraktion der FDP)
(Vorlage 1866/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1866/19 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der FDP zu.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

- 3487.) "Werden Frauen in MINT-Berufen im Land Bremen ausreichend gefördert?"
(Kleine Anfrage der Fraktion der CDU)
(Vorlage 1867/19 und Neufassung der Anlage der Senatorin für
Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz vom 05.02.2018)
-

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1867/19 und unter Berücksichtigung der Neufassung der Anlage der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz vom 5. Februar 2018 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU mit der Maßgabe folgender Änderung zu:

In der Antwort auf Frage 16 werden im ersten Absatz im zweiten Satz die Wörter „zu Beginn“ durch das Wort „Mitte“ ersetzt.

2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

- 3488.) "Situation und Entwicklungsmöglichkeiten der beruflichen Schulen im Land Bremen"
(Große Anfrage der Fraktion der CDU)
(Vorlage 1868/19 und Neufassung der Vorlage sowie der Anlage 2 der
Senatorin für Kinder und Bildung vom 05.02.2018)
-

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Kinder und Bildung und unter Berücksichtigung der Neufassung der Anlage 2 vom 5. Februar 2018 die Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 28. November 2017 sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Kenntnisnahme.

3489.) "Die Zukunft der Helenenstraße gestalten"
(Kleine Anfrage der Fraktion der SPD)
(Vorlage 1869/19)

Beschluss:

Der Senat setzt seine Beratung bis zum 27. Februar 2018 aus.

3490.) "Bereitstellung einer LNG-Infrastruktur für Lkw im Land Bremen"
(Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)
(Vorlage 1870/19)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1870/19 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zu.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

3491.) Kommunalinvestitionsförderungsgesetz II – (KInvFG II):
Benennung von Maßnahmen
(Vorlage 1871/19 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für Finanzen vom 05.02.2018)

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Finanzen vom 5. Februar 2018 das Schreiben des Bundesministeriums für Finanzen vom 20.12.2017 zur Herstellung des Einvernehmens mit dem Bund zur Auswahl der finanzschwachen Gemeinden und Gemeindeverbände gemäß §4 Abs.4 VV KInvFG II zur Kenntnis.
2. Der Senat nimmt die Liste der Projekte in der Stadt Bremen (gemäß Anlage 2) zur Kenntnis. Der Senat beschließt, die in Anlage 3

vorgeschlagenen Projekte in der Stadt Bremerhaven aus Mitteln des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes II zu finanzieren.

3. Die Senatorin für Finanzen wird gebeten, die Projektliste der Stadt Bremen dem Haushalts- und Finanzausschuss vorzulegen.
4. Die Senatorin für Finanzen wird gebeten, die Projektliste der Stadt Bremerhaven dem Haushalts- und Finanzausschuss vorzulegen

3492.) Sofortprogramm zur Einrichtung von zusätzlichen Schulraumkapazitäten in der Stadtgemeinde Bremen zum Schuljahr 2018/19 (SoProSchule) (Vorlage 1872/19)

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 1872/19 die Bedarfe für die Schaffung zusätzlicher Schulraumkapazitäten in den Schulen der Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven für die Jahre 2018 und 2019 zur Kenntnis.
2. Der Senat beschließt ein Landesprogramm zur Einrichtung von zusätzlichen Schulraumkapazitäten in den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven zum Schuljahr 2018/2019 mit einem Gesamtvolumen in Höhe von 10 Mio. € zu. Diese sollen zu 80 % für Maßnahmen der Stadtgemeinde Bremen und zu 20 % für Maßnahmen der Stadtgemeinde Bremerhaven eingesetzt werden.
3. Der Senat beschließt zur Finanzierung des Landesprogramms die Heranziehung von EU-Mehreinnahmen.
4. Der Senat bittet die Senatorin für Kinder und Bildung, die dargestellten Maßnahmen zum Schuljahr 2018/2019 nach Beschlussfassung der Deputation für Kinder und Bildung und des Haushalts- und Finanzausschusses umzusetzen.

5. Der Senat bittet die Senatorin für Kinder und Bildung in Abstimmung mit der Senatorin für Finanzen die die erforderlichen haushaltsmäßigen Umsetzungen beim Haushalts- und Finanzausschuss zu beantragen.
6. Der Senat bittet, die Senatorin für Kinder und Bildung die personalwirtschaftlichen Auswirkungen in Abstimmung mit der Senatorin für Finanzen und der Senatskanzlei nach Vorlage der tatsächlichen Anmeldezahlen dem Senat vorzulegen.
7. Der Senat bittet die Senatorin für Kinder und Bildung die mittel- und langfristige Schulstandortplanung für die Stadtgemeinde Bremen bis 2030 dem Senat im Herbst 2018 vorzulegen.
8. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass
 - Unter „B. Lösung“ wird in dem Satz über der Überschrift „Räumliche Kapazitäten zum Schuljahr 2017/18“ das Wort „beschließen“ ersatzlos gestrichen.
 - Unter „B. Lösung“ wird in der Aufzählung unter der Überschrift „Räumliche Kapazitäten zum Schuljahr 2017/18“ unter 2. das Wort „invesitiv“ in „investiv“ geändert.
 - Unter „D. Finanzielle...“ wird in der Fußnote zu der Tabelle nach dem Wort „Anlage“ die Zahl „2“ eingefügt.
 - Unter „D. Finanzielle...“ unter „II: Finanzierungsbedarfe...“ werden die Wörter „die Anmietung der“ ersatzlos gestrichen.

3493.) Aktionsplan 2025 – Gesunde Ernährung in der Gemeinschaftsverpflegung (Tischvorlage des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr, der Senatorin für Kinder und Bildung, der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz, der Senatorin für Finanzen vom 01.02.2018 und Neufassung des Aktionsplans)

Beschluss:

1. Der Senat beschließt den Aktionsplan 2025 „Gesunde Ernährung in der Gemeinschaftsverpflegung der Stadtgemeinde Bremen“ und bittet die betroffenen Ressorts, den Aktionsplan umzusetzen.
2. Über den Stand der Umsetzung des Aktionsplanes soll dem Senat und der Bremischen Bürgerschaft alle zwei Jahre berichtet und im Anschluss an den Projektzeitraum ein Abschlussbericht mit Evaluation vorgelegt werden.
3. Der Senat beschließt die als Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Stadtbürgerschaft.
4. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass
 - unter „A. Problem“, unter der Überschrift „Betriebsverpflegung“ nach dem Wort „Verwaltung“ folgender Klammerzusatz eingefügt wird:

„(die Kantine im Haus des Reichs, die Kantine Klinikum Bremen Ost, die Kantine im Landgericht und die Kantine bei der Senatorin für Kinder und Bildung)“
 - unter „D. Finanzielle...“ der dritte Absatz die folgende Fassung erhält:

„Für die kommunalen Krankenhäuser wird in den Jahren 2018/19 mit der Vorbereitung der Umstellung begonnen. Die Umsetzung der DGE-Standards und des Aktionsplans stehen für diesen Zeitraum

grundsätzlich unter dem Vorbehalt, dass dadurch verursachte Mehrkosten in der Gemeinschaftsverpflegung der Krankenhäuser kompensiert werden können. Im Zuge der Aufstellung des Haushaltes für 2020 wird die Arbeitsgruppe auf Grundlage der dann insgesamt vorliegenden Erfahrungen darlegen, ob und wenn ja in welcher Höhe mit Mehrkosten für die weiteren Umstellungsstufen zu rechnen ist, und ob und ggf. wie diese unter Beachtung des Gleichbehandlungsgebots finanziert werden können.

- die Aufzählung der Maßnahmen am Ende des Aktionsplans 2025 um folgenden Punkt e) ergänzt wird:

„e) Im Zuge der Aufstellung des Haushaltes für 2020 auf Grundlage der dann insgesamt vorliegenden Erfahrungen darzulegen, ob und in welcher Höhe mit Mehrkosten für die weiteren Umstellungsstufen in den kommunalen Krankenhäusern zu rechnen ist, und wie diese unter Beachtung des Gleichbehandlungsgebots finanziert werden können.“

Die nachfolgende Aufzählung wird entsprechend angepasst.